

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Amtsblatt

Samstagsheft Nr. 20

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 290.

Freitag, 14. Dezember 1894, Abends.

47. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Straßa, den Hauptpostämtern, durch den Postträger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch die Postanstalten 1 Mark 25 Pf., durch die Telegraphenanstalten 1 Mark 50 Pf. Einzelnummern 5 Pf. Anzeigen-Preise für die Räume des Anzeiger-Blattes bis Sonntag 9 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Langner & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Rautenkranzstr. 59. — Für die Redaktion verantwortlich: Hermann Schmidt in Riesa.

Montag, den 17. December 1894,

Vorm. 10 Uhr.

kommt im Hotel zum „Kronprinz“ hier 1 Kugel, 1 Sopha mit schwarzem Ueberzug und 1 Spiegel gegen sofortige Bezahlung zur Versteigerung. Der Ger.-Vollz. des Kgl. Amtsger. Sekt. Ebdam.

Bismarcks Ansicht über die Umsturzvorlage.

Die „Hamburger Nachrichten“ beschäftigen sich in einem mit auffälliger Schärfe gedruckten Artikel, dessen Herkunft klar auf der Hand liegt, mit der Umsturzvorlage. Die Ausführungen gipfeln in dem Verlangen, das Gesetz angesichts der jüngsten Vorkommnisse im Reichstage direkt gegen die Sozialdemokraten zu richten, anstatt ihm eine gemeinrechtliche Fassung zu geben. Der Artikel lautet:

Wir glauben, daß mit der Vorlage nicht der richtige Bahnstrang gewählt ist, um dem erstrebten Ziele näher zu kommen. Die Umsturzbestrebungen von der Art, welche neuerdings das Bedürfnis ihrer Bekämpfung in den Vordergrund gebracht haben, gehen nicht von der Gesamtheit der Bevölkerung aus, für welche das gemeine Recht bestimmt ist, sondern ausschließlich von der Sozialdemokratie und deren Angehörigen. Die Ueberzeugung, daß diese spezielle Feindschaft gegen unsere heutigen staatlichen und gesellschaftlichen Gebilde nur gemeinrechtlich bekämpft werden dürfe, ist ein Ergebnis politischer Doktrin und entspricht nicht dem praktischen Bedürfnisse. Religion, Monarchie, gesellschaftliche Ordnung, Eigentum haben außerhalb der Sozialdemokratie keine nennenswerten Gegner. Der Gegner, der zu bekämpfen ist, kennzeichnet sich selbst in der schärfsten Weise durch sein Programm und seine Angriffe. Die Sozialdemokratie hat prinzipiell dem Christentum, der Monarchie, der gesellschaftlichen Ordnung, der Ehe, dem Eigentum den Krieg erklärt, und die Verteidigung gegen diesen Feind wird abgeschwächt, wenn man sich nicht getraut, den Gegner mit Namen zu nennen und genau zu kennzeichnen. Der Staat will die Monarchie, Religion, gesellschaftliche Ordnung, Ehe und Eigentum verteidigen. Die Sozialdemokratie erklärt alle diese Einrichtungen mit allen Mitteln, die ihr unsere freie Verfassung gewährt, bekämpfen zu wollen: sie giebt dieser Tendenz neuerdings schärferen Ausdruck als früher und nimmt damit den Handstreich auf, den die Vorlage ihr hingeworfen hat.

Die Sengerische Episode, das Verhalten der mit der deutschen Sozialdemokratie solidarischen Belgier, welche sich nicht auf passive Demonstrationen beschränkt, sondern das Hoch auf den König mit dem Hoch auf die Revolution offen beantwortet, kennzeichnen mehr als das frühere Verhalten der staatsfeindlichen Partei ihr Bewußtsein, sich im Kriegszustande mit den staatlichen Einrichtungen zu befinden, und wir halten es für eine doktrinaire Schwäche unserer liberalen Parteien vom Fortschritt aufwärts, wenn sie glauben, staatsrechtlichen Theorien zu Liebe zur namentlichen Bezeichnung und Aussonderung des Gegners nicht berechtigt zu sein. Es ist ein Irrthum der liberalen Parteien, wenn sie glauben, ihrerseits mit der Sozialdemokratie staatlich leben zu können; sie würden einer sozialdemokratischen Herrschaft gegenüber sich doch höchstens der Wohlthat erfreuen, die Polypthem dem Odysseus bewilligte, daß er das letzte Opfer sein sollte. Die Verfassung in Frankreich bietet heute zu Tage Alles, was der Liberalismus von ihr verlangen kann, und Niemand wird doch deshalb annehmen, daß die fortschreitende Bewegung der Sozialdemokratie in Frankreich dadurch zum Stillstand gebracht ist. In Belgien dürfte unter den Rubriken des Liberalismus kaum etwas zu wünschen übrig sein, und für diejenigen, welche glauben, daß die katholische Weislichkeit die prädestinirte Siegerin über die Sozialdemokratie sein werde, hat die Praxis der katholischen Regierung Belgiens bisher keine Beweise geliefert. Wir glauben nicht, daß die Anhänger der Sozialdemokratie dort in dem eigenen katholischen Glauben die nötigen Anknüpfungspunkte bieten, an denen

die Lehren des Katholicismus behufs ihrer Bekehrung haften können.

Es ist menschlich natürlich und christlich berechtigt, daß Regierungen vor der Aussicht zurückzusehen, ihre Existenzberechtigung schließlich den eigenen Untertanen gegenüber im materiellen Kampfe darzutun. Wir wagen nicht zu behaupten, daß diese bedauerliche Kombination notwendig eintreten müsse in Ländern, wo die Regierung das richtige Verhalten nützlich und die Furchtlosigkeit besitzt, welche sie besitzt, dem Kampfe eventuell nicht auszuweichen; aber wir glauben, daß die Gefahren eines solchen Kampfes um so größer werden, je länger die Schwächheit der Regierungen und der juristische Hohn, die Situation allen Beteiligten zur klaren Anschauung zu bringen, und den alleinigen Gegner, welcher die staatlichen Grundlagen der Religion, der Monarchie, der Ehe und des Eigentums bedroht, beim Namen zu nennen.

Der Kampf um diese bisherigen Besitztümer der menschlichen Gesellschaft ist eben keine theoretische, er ist einfach eine Machfrage, eine Frage, ob es den sozialdemokratischen Führern, Beratern und Rednern, die das Blaue vom Himmel versprechen, ohne ihre Verheißungen je wahr machen zu können, gelingt, eine staatsgefährliche Macht unter ihre Fahnen zu sammeln oder nicht. In dieser Ueberzeugung sind wir der Meinung, daß die neueste Umsturzvorlage zwar ein dankenswerther Fortschritt im Vergleiche mit der früheren parlamentarischen Kampfgemeinschaft zwischen Regierung und Sozialdemokratie kennzeichnet, und daß es belagenswert sein würde, wenn durch theoretische Gegnerschaft die Staatsregierung im Reichstage auf dem neu beschrittenen Wege entschuldigend würde. Wir wagen auch nicht zu hoffen, daß sich im Reichstage, so wie er heute zusammengesetzt ist, das Maß von Initiative und Energie finden werde, welches erforderlich sein würde, die bisherige gemeinrechtliche staatliche Vorlage auf eine praktische Richtung gegen die Sozialdemokratie zu konzentriren; wir haben nur unserer Ansicht über dieselbe im Hinblick auf die Möglichkeiten, welche die Zeit bringen kann, Ausdruck geben wollen.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich. Die Angelegenheit der sozialdemokratischen Abgeordneten scheint sich so zu entwickeln, daß der Antrag des Staatsanwalts wahrscheinlich abgelehnt, dagegen eine Verschärfung der Disziplinarergaß des Reichstages angesetzt werden wird. Die „Nat.-Ztg.“ stellt fest, daß eine gerechte Besprechung, welche im Reichstag zwischen dem Präsidium und Abgeordneten mehrerer Parteien, erfolgt ist, das Ergebnis gehabt habe, daß die Nothwendigkeit einer Verstärkung der Disziplinarbefugnisse des Präsidiums allseitig anerkannt wurde. Bis zur Erörterung bestimmter Beschlüsse sei diese Angelegenheit noch nicht gediehen. Was den Antrag auf strafrechtliche Verfolgung des Abg. Liebknecht anlangt, so herrsche auch bei Abgeordneten, welche ein formelles Hindernis in dem Wortlaut des bezüglichen Paragraphen der Verfassung nicht erblicken, die Ansicht vor, daß es zweckmäßiger sei, dem Antrag der Staatsanwaltschaft nicht zu entsprechen, sondern die Einführung einer verschärften Disziplin ins Auge zu fassen. Diese Lösung würde allerdings die beste sein und allen Wünschen entsprechen. Inzwischen hat sich auch die Geschäftsordnungs-Kommission des Reichstages für Ablehnung des Antrags ausgesprochen. An anderer Stelle in der „Nat.-Ztg.“ kommt die Ansicht, die allem Anschein nach auch die der Mehrheit des Reichstages sein wird, in folgenden Worten zum Ausdruck: „Man wird im Volke

mit der Ablehnung des Antrags überwiegend einverstanden sein, wenn — aber auch nur dann! — gleichzeitig die Einleitung zu einer ausreichenden Verschärfung der Disziplinarergaß innerhalb des Reichstages getroffen und eine solche dann rasch bewirkt wird. Dazu kommt, daß die grundsätzliche Verweigerung der dem monarchischen Staatswesen entsprechenden Ausbildung für den Herrscher seitens der Sozialdemokraten im Reichstag künftig unerträgliche Formen annehmen würde, wenn jetzt das gerichtliche Einschreiten dagegen für unzulässig erklärt, ein parlamentarisches Einschreiten aber noch wie vor unmöglich bleiben würde; es würde sich eine systematische Verhöhnung der Monarchie im Reichstag herausbilden. Als im Jahre 1879 die Regierung einen Gesetzentwurf wegen Beschränkung der parlamentarischen Redefreiheit vorgelegt hatte und dieser mit Recht abgelehnt worden war, beauftragte der Reichstag die Geschäftsordnungs-Kommission mit der Berathung der Frage schärferer Disziplinarmittel; dieselbe hat jedoch niemals ernstlich begonnen. Von Neuem darf die Angelegenheit nicht verschleppt werden; kein anderes Parlament eines großen Landes ist so machtlos gegen Ausschreitungen seiner Mitglieber, wie das deutsche.“

Nach Magdeburg übergeführt wurden Mittwoch Abend noch zehn Schüler der Oberfeuerwerkerschule, welche bisher sich noch in Berlin im Militärarrest in der Lindenstraße befanden. Auf dem Potsdamer Bahnhof wurde sogleich der nach Magdeburg abgehende Zug bestiegen. Dem Vernehmen nach sind die Oberfeuerwerkerschüler nach Magdeburg übergeführt worden, um vor dem Spruchgericht persönlich zu erscheinen, welches daselbst nach Abschluß des Untersuchungsverfahrens jetzt zusammentreten wird. Darnach würde also der Abschluß der leidigen Angelegenheit nicht mehr lange auf sich warten lassen. Nach dem Aufsehen, welches die Untersuchung überall erregt hat, und der Erregung und den peinlichen Empfindungen, in welche ein ganzer hochgeschätzter Berufszweig dadurch verlegt worden ist, wäre allerdings eine baldige Beendigung der schwebenden Angelegenheit und, wenn irgend möglich, eine öffentliche Klarstellung des Sachverhalts dringend zu wünschen.

Vom Reichstage. Die erste Berathung des Etats wurde gestern fortgesetzt. Abg. Dr. Böttcher (nat.-lib.) schloß sich den Ausführungen der früheren Redner an und mahnte, Sparsamkeit auf allen Gebieten zu üben; aber die nothwendigen Bedürfnisse des Reiches müßten erfüllt werden. Vor allen Dingen halte er einen wirksamen Schutz unserer Interessen im Auslande für nothwendig. Den warmen Ton, in dem der Reichskanzler die Kolonialpolitik erwähnte, begrüßte er sehr sympathisch. Wie alle größeren Kulturstaaten Kolonialpolitik trieben, so könne auch Deutschland sich einer Kolonialpolitik nicht entziehen. (Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.) Er warne davor, die einmaligen ordentlichen Ausgaben in den außerordentlichen Etat zu versetzen, weil dadurch die Anleihe noch vergrößert werde. Redner betonte sodann die dringende Nothwendigkeit der Finanzreform. Er widerräth die Erhöhung der Einkommensteuer, durch welche der Mittelstand proletarisirt werden würde. Den Schutz des Mittelstandes erblickten die Nationalliberalen in den Handwerkerkammern. Redner beantwortete den Ausbau der Sozialreform im Sinne der Thronrede. Ein Vorkommen mit den Sozialdemokraten sei unmöglich. Auch der Anarchismus sei durch die Sozialdemokratie hervorgerufen; Beide verfolgten die Vernichtung aller Kultur. Schließlich sprach er seine Freude darüber aus, daß die Regierung die führende Rolle im Kampfe gegen den Umsturz ergriffen habe. Jeder, der es mit dem Vaterlande gut meine, müsse die Hand dazu bieten. (Lebhafte Beifall.) Abg. Payer (libd.)

Es ist unbedingt nöthig, daß alle größeren Anzeigen, namentlich die für eine Sonntags-Nummer bestimmten, möglichst zeitig bestellt werden. Die Besteller von Anzeigen wollen dies, zumal in der jetzigen Weihnachtszeit, gütigst beachten; bei zeitiger Bestellung kann auch auf den Satz der Anzeigen grössere Sorgfalt verwendet werden, als dies uns möglich ist, wenn die Anzeigen erst in letzter Stunde aufgegeben werden.

Die Geschäftsstelle des „Rieser Tageblattes.“